



# BRETTERBLOG

ÜBER UNS

WARUM BRETTERBLOG?

---

## Perspektiven auf globale Politik

---

# NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER AUSCHWITZ – WAS WIEGT MEHR: DEUTSCHLANDS POLITIK ZUR SCHUTZVERANTWORTUNG

12. September 2012 · von Gregor Hofmann · in *Debatte* · 7 Kommentare

Verteidigungsminister **Thomas de Maizière** hat jüngst wieder eine verstärkte Sicherheitspolitische Debatte in Deutschland gefordert. Im Anschluss an die jüngste informelle Debatte der UN Generalsversammlung zur Responsibility to Protect (RtoP) am 5. September bietet es sich an Deutschlands Beitrag zur internationalen Schutzverantwortung zu diskutieren. Die Verhinderung von und Reaktion auf Massenverbrechen ist angesichts zweier Maxime deutscher Außenpolitik – *nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz* – ein notwendiges Thema, dass sich auch in der sicherheitspolitischen Debatte wiederfinden muss, in Deutschland aber bislang wenig thematisiert wird. Will die Bundesrepublik ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden, muss hierzulande eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Schutzverantwortung stattfinden.

## Die Schutzverantwortung...

Mit der einstimmigen Annahme der **Abschlussdokuments des Weltgipfels im Jahr 2005** haben sich alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der „Responsibility to Protect“ prinzipiell dazu bekannt Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischen Säuberungen präventiv entgegenzutreten und gegebenenfalls einzelne Staaten dabei zu unterstützen ihre Schutzverantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrzunehmen. Sollte ein Staat in der Ausübung seiner Verantwortung gravierend versagen, erklärte sich die Internationale Gemeinschaft dazu bereit durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen, die den Einsatz militärischer Mittel einschließen können, bedrohten Bevölkerungen zur Hilfe zu eilen. Dies sind **die drei Säulen der RtoP**: Die Schutzverantwortung des Staates, Internationale Hilfe und Kapazitätsaufbau sowie Rechtzeitige und entschiedene Reaktion.

Wurde die RtoP lange vor allem in akademischen Zirkeln diskutiert, so war im Jahr 2011 In Libyen und der Elfenbeinküste erstmals die Legitimierung des Einsatzes von Gewalt zum Schutz von Zivilisten auf Basis der RtoP durch den Sicherheitsrat zu beobachten. Während der Fall Elfenbeinküste in der deutschen Öffentlichkeit relativ unumstritten war, folgte der

Intervention in Libyen eine kritische Debatte, insbesondere in Deutschland war die **deutsche Enthaltung** im Sicherheitsrat **Gegenstand der Kritik** (siehe z.B. auch Berichte bei **SPON**, **SZ** und **FAZ**).

### **... und das widersprüchliche deutsche Handeln zwischen Unterstützung und Distanzierung**

Die Enthaltung damals verwunderte einerseits wegen des deutschen Ausscherens aus der Position seiner Alliierten und dem (zweifelhaften) Schulterchluss mit Russland und China sowie Brasilien und Indien, die sich ebenfalls enthalten hatten. Auch wenn Deutschland sich durch seine Enthaltung Vertrauen bei Staaten wie **Brasilien und Indien verschafft hat, die der RtoP und insbesondere dem darauf begründeten Einsatz von Gewalt kritisch gegenüber stehen**, so kann man sie nicht zwingend aus der oft zitierten deutschen Ausrichtung am Zivilmachtideal erklären: Zwar strebt **die idealtypische Zivilmacht** eine „Zivilisierung“ der zwischenstaatlichen Beziehungen auch durch eine Einhegung des Einsatzes von Gewalt an, dies beinhaltet allerdings auch eine Unterstützung kollektiver Sicherheitssysteme sowie eine Stärkung des Völkerrechts. Beide hatte Deutschland durch seine Enthaltung zu Libyen versäumt. Was also **„von der Libyen-Politik Deutschlands in Erinnerung bleibt, sind Fehler und Versäumnisse einer Zivilmacht ohne Zivilcourage“**.



Sicherheitsratsdebatte zu Libyen am 17. März 2011  
Quelle: United Nations Photo  
(<http://www.unmultimedia.org/s/photo/detail/467/0467079>)

Andererseits passte das deutsche Verhalten im Fall Libyen gar nicht zur ansonsten unterstützenden Haltung Deutschlands zur RtoP auf der internationalen Ebene: Deutschland war ein starker Befürworter des Internationalen Strafgerichtshofs und während der Verhandlungen zum römischen Statut Mitglied der Gruppe der „like-minded States“. Auch während der Verhandlungen zur Responsibility to Protect beim Weltgipfel 2005 spielte Deutschland eine unterstützende Rolle und sorgte gemeinsam mit anderen Befürwortern dafür, dass die RtoP letztlich im Gipfeldokument verblieb. Auch in der Zeit danach setzte sich die Bundesrepublik als Mitglied der informellen Gruppierung „Group of Friends of the Responsibility to Protect“ für eine Stärkung und Implementierung der RtoP auf internationaler Ebene ein. Dafür rühmte sich die Regierung z.B. auch im **Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Jahr 2010**.

Zudem setzte sich die Bundesregierung nach eigenen Angaben durch Menschenrechts – und Entwicklungspolitik, zivile Krisenprävention, die Stärkung regionaler und internationaler Organisationen sowie durch die finanzielle Förderung des Büros der Sonderberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Responsibility to Protect und zur Verhinderung von Völkermord ein (**Bundestagsdrucksache 17/6712: 3-4**). Auch in mehreren Redebeiträgen vor den Vereinten Nationen sprach sich die Bundesrepublik deutlich für eine **Stärkung der RtoP** und deren **weitere Implementierung**, auch **durch den UN-Sicherheitsrat**, aus. Informierte Kreise berichten auch, dass Angela Merkel einen kritischen Brief an die brasilianische Präsidentin Rouseff geschrieben haben soll, nachdem Brasilien sein **„Responsibility while Protecting“-Konzept** im Herbst 2011 in die Debatte eingebracht hatte.

### **Zurückhaltung des Auswärtigen Amts trotz völkerrechtlicher Basis für die Schutzverantwortung**

Eine Erklärung dieses widersprüchlichen Verhaltens ist weniger bei den deutschen Diplomaten in New York zu suchen: so war z.B. Gunther Pleuger, der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen während des Weltgipfels 2005, ein starker Unterstützer der RtoP, **der auch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung in der Libyen-Krise stark kritisiert hatte**, auch sein derzeitiger Nachfolger Peter Wittig scheint sich ernsthaft mit dem Konzept auseinander gesetzt zu haben. Es ist vielmehr im Auswärtigen Amt in Berlin eine gewisse Nichtbeachtung des Konzepts beobachtbar: Da es sich nicht um eine völkerrechtlich verankerte Rechtsnorm handelt, rangierte die RtoP wohl lange unterhalb der durch Juristen geprägten Aufmerksamkeitsschwelle der Leitungsebene. Viele im liberal geführten Außenministerium scheinen in der RtoP zudem nicht in erster Linie ein Mittel zur Verhinderung von Massenverbrechen zu sehen, sondern vielmehr die Gefahr der Aushebelung

des völkerrechtlichen Gewaltverbots.

Doch diese juristische Betrachtungsweise greift zu kurz: Auf Basis der Genozid Konvention von 1948 sind alle Staaten verpflichtet Völkermord vorzubeugen und ihn als Straftatbestand zu verfolgen. Nach einem **Urteil des Internationale Gerichtshof im Jahr 1996** ist die Genozid Konvention inzwischen gar als zwingendes Völkergewohnheitsrecht zu sehen, was jeden Staat dazu verpflichtet, alles in seinen Möglichkeiten liegende zu tun, um Völkermord zu verhindern. Auch laut dem **römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes** aus dem Jahr 1998 sind Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie das Verbrechen der Aggression als internationale Straftatbestände durch die Unterzeichnerstaaten zu verfolgen. Dieses Statut ist mit dem Völkerstrafgesetzbuch auch Teil der deutschen Rechtsprechung geworden. Auch wenn die RtoP selbst keine völkerrechtliche Norm ist, so basiert sie doch auf vertraglichem und Völkergewohnheitsrecht.

Trotzdem scheint sich das Auswärtige Amt erst nach der Libyenkrise ernsthaft mit der RtoP auseinandergesetzt zu haben. Dies ist auch daran zu erkennen, dass sich Deutschland erst mit zwei Jahren Verspätung der **RtoP Focal Point Initiative Dänemarks, Ghanas und des Global Centers for the Responsibility to Protect** anschließt. Beim kürzlich stattgefundenen informellen interaktiven Dialog der Generalversammlung zur Schutzverantwortung hatte die **Bundesregierung angekündigt, ebenfalls eine solche Kontaktstelle für die RtoP einrichten zu wollen. In seiner Rede betonte der stellvertretende Botschafter Miguel Berger** zudem, dass es in Deutschland Strukturen für eine effektive Unterstützung anderer Staaten zur Erfüllung ihrer Schutzverantwortung gebe und verwies hierbei auf eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe für zivile Krisenprävention und Frühwarnung sowie einen unterstützenden Beitrag. Sein Verweis darauf, dass Deutschland die RtoP als ganzheitliches Konzept sehe und dass in Folge der Libyen-Krise der dritten Säule, sprich der militärischen und nicht-militärischen Reaktion auf bereits stattfindende Massenverbrechen, zu viel Aufmerksamkeit zuteilwerde ist zwar richtig, angesichts der eskalierenden Lage in Syrien aber nicht wirklich angebracht. Schließlich kann in Fällen in denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bereits begangen werden, nur eine schnelle, glaubwürdige und entschiedene Reaktion die Täter von weiteren Gräueltaten abhalten. Gerade mit Blick auf Syrien wird hier derzeit, wegen der Blockade des UN-Sicherheitsrates, allerdings zu wenig getan.

## **Diskussion und Analyse der Schutzverantwortung in Deutschland notwendig**

Angesichts der Lage in Syrien muss daher auch die Debatte über eine Reform des UN-Sicherheitsrates wieder belebt werden. Gerade Deutschland, das selbst einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt, sollte in dieser Diskussion öffentlich Stellung beziehen. **Indien z.B. nutzte in den vergangenen Jahren die Debatten der Generalversammlung zur RtoP immer wieder**, um eine Reform des Sicherheitsrates anzumahnen, **auch in diesem Jahr**.

Die starke Zurückhaltung der Bundesrepublik gegenüber Instrumenten aus der dritten Säule der RtoP ist nicht zielführend. Deutschland könnte noch viel mehr tun, bislang fehlt hierzulande ein Überblick darüber, welche Instrumente der Bundesregierung angesichts von Massenverbrechen zur Verfügung stehen: Das Auswärtige Amt, das Entwicklungshilfeministerium, der Bundesnachrichtendienst, die Bundeswehr und andere Regierungsinstitutionen verfügen alle über Instrumente und Informationen, die in Bezug auf die Prävention und Verhinderung von Massenverbrechen hilfreich und wichtig sind. Doch oft scheinen das Wissen, der Mut und der Wille zu fehlen, um die verfügbaren Mittel auch einzusetzen. Wenn wir, wie von de Maizière angestoßen, eine ernsthafte sicherheitspolitische Debatte in Deutschland führen wollen, muss auch die RtoP ernsthaft diskutiert und in der deutschen Außenpolitik den ihr zustehenden Platz einnehmen können.

### **Weitere Informationen zum Thema:**

[www.schutzverantwortung.de](http://www.schutzverantwortung.de) – deutschsprachiges Portal zum Thema, betrieben von der NGO *Genocide Alert*

[www.responsibilitytoprotect.org](http://www.responsibilitytoprotect.org) – Portal der *International Coalition for the Responsibility to Protect*

[globalr2p.org](http://globalr2p.org) – Portal des *Global Centre for the Responsibility to Protect* an der City University in New York

---

**Bewerten:**

 6 Votes

**Teilen mit:**

- [Twitter](#)
- [Facebook](#)
- [E-Mail](#)
- [Google](#)
- 

Lade...

**Ähnliche Beiträge**

[R2P – Militanter Moralismus oder moralischer Minimalkonsens?](#)

In "Debatte"

[Russlands Vorgehen auf der Krim ist kein Fall für die Schutzverantwortung](#)

In "Debatte"

[Was zählt ist was hinten bei raus kommt - Framing, Grafting und die Prävention schwerster Gräueltaten](#)

In "Debatte"

Tags: [Deutschland](#), [Responsibility to protect](#), [Schutzverantwortung](#), [UNO](#)

---

## 7 Kommentare



Gregor · 12. September 2012 - 10:42 · [Antwort](#)

Reblogged this on [auswaertigepolitik](#) und kommentierte:

Welche Politik verfolgt Deutschland zur Schutzverantwortung? Ein Beitrag von mir im Bretterblog, der zur Diskussion anregen soll.



Gerrit · 13. September 2012 - 06:13 · [Antwort](#)

Interessanter Beitrag! Ich glaube auch, dass wir in Deutschland eine stärkere strategische Debatte über die Ziele und Mittel der deutschen Außenpolitik brauchen, auch hinsichtlich des Schutzes von Menschenrechten. Allerdings wäre ich auch vorsichtig, R2P als Allheilmittel zu sehen. Auch ohne SR-Blockade würde der Konflikt in Syrien vermutlich andauern – militärisches Eingreifen ist aus verschiedenen Gründen nicht erfolgsversprechend. Ein

effektives Waffenembargo wäre sicher sinnvoll, genauso wie gezielte Finanz- und Reisesanktionen. Aber auch dann würde das Regime sicher eine ganze Zeit lang aushalten.



Gordian · 13. September 2012 - 08:32 · Antwort

“Deutschland könnte noch viel mehr tun”. Könnte ja. Aber sollte?

Fernab von derlei vielleicht naiv-pazifistischer Einwendung (ich ich in dem Fall übrigens teile): Wo sind hier die demokratischen Mehrheiten, auch zur Legitimation eines solchen Einsatzes? Ich finde es durchaus löblich bei jedem Unruhe- und Brandherd jener Arabellion zur Schutzverantwortung aufzurufen, ein rüttelt Maß an Aktionismus einzufordern – aber, a) wollen “wir” das?, b) ist das überhaupt sinnvoll? So richtig vermag ich diese Bedenken nicht herauszulesen. Ich bin überdies überrascht, dass sich seit den tunesischen Aufständen eine Art common-sense herauszuschälen scheint, der bei jeder Art von Aufruhr zur Untertsützung der Aufständigen ruft. Und bitte, man möge mir nicht damit kommen, dass man ja nur Waffen und Lebensmittel liefere... Insofern: Natürlich ist die Zurückhaltung “zielführend”, mich verwundert nur wirklich sehr ein über allerlei Feuilletons augetragener IB/Friedensforschungs-Fachdiskurs, der fortwährend die Schutzverantwortung annahmt. Sehe ich das falsch? Gibt es gar nicht diese Mehrheitsposition? Gibts hier noch kritische, abwägendere Stimmen? Ich war, auch im Hinblick auf mancherlei Einlassung nach der “legendären” Westerwelle-Enthaltung im Sicherheitsrat doch erstaunt, wie sehr da mehr oder minder subtil mit Interventionsketten gerasselt wurde. Denn, und hier liegt die Crux, könnten tut man gewiss viel, aber was sollte man denn überhaupt genau können respektive können müssen?



Gregor · 13. September 2012 - 10:46 · Antwort

Das Deutschland mehr tun könnte war nicht nur auf Syrien bezogen, sondern auch allgemein auf mit Blick auf eine Implementierung der Schutzverantwortung. Durch eine stärkere nationale Verankerung und Vernetzung mit den Focal Points anderer Länder könnte ein internationales Frühwarnnetzwerk geschaffen werde, Informationen frühzeitig zusammengeführt und somit reagiert werden, bevor gefährliche Situationen eskalieren. Mir geht es nicht darum, dass die Bundeswehr nach Syrien fahren soll. Vielmehr sollte kritisch geprüft werden, welche Mittel unterhalb der militärischen Schwelle existieren, um Druck auf einen Staat auszuüben bzw. um Massenverbrechen zu beenden.

Ich bin auch der Meinung, dass in Syrien z.B. eine Umgehung des Sicherheitsrates wie im Fall Kosovo keine Option darstellt. In Deutschland muss aber trotzdem eine Debatte stattfinden darüber, was getan werden kann und wozu man allgemein bereit ist in solchen Situationen. Das kann auch präventive Truppenentsendungen miteinschließen wie z.B. die Absicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 2006. Eine solche öffentliche Debatte fehlt allerdings.



Gregor Hofmann · 17. September 2012 - 16:06 · Antwort

Ein interessanter neuer Beitrag zum Thema findet sich auf der dem oben genannten Informationsportal zur Responsibility to Protect von Genocide Alert: Das RtoP-Bewusstsein in Deutschlands Zivilbevölkerung –

<http://www.schutzverantwortung.de/rtop-in-der-diskussion/das-rtop-bewusstsein-in-deutschlands-zivilbevoelkerung.html>

Genocide Alert | Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz – was wiegt mehr · 30. Oktober 2013 - 19:12 · [Antwort](#)

[...] Dieser Beitrag von Gregor Hofmann ist am 12. September bereits im Bretterblog erschienen. [\[Hier zum original Artikel\]](#). [...]

Genocide Alert | Nie wieder Krieg oder nie wieder Auschwitz? · 2. Juli 2014 - 10:51 · [Antwort](#)

[...] Dieser Beitrag von Gregor Hofmann ist am 12. September bereits im Bretterblog erschienen. [\[Hier zum original Artikel\]](#). [...]

## Kommentar verfassen

Gib hier Deinen Kommentar ein ...

[IB Online \(3/9\): Eine kleine Netzschau](#)

[IB Online \(4/9\): eine kleine Netzschau](#)



Folgt uns per E-Mail:

Schließe dich 808 Followern an

SUCHE

### LETZTE KOMMENTARE

- [Kommentar zu IB Online \(4/11\): Eine kleine Netzschau von Stefan Wender 24. November 2014](#)
- [Kommentar zu Blogs and Beyond – Die Wissenschaft im Web 2.0 jenseits von Blogs von Peter Dirscherl 16. November 2014](#)

TWITTER

- Die Geschichte des Kiewer Maidan auf dem Bretterblog: "Die Würde der Ukrainer" - ein spannender Reisebericht  
[wp.me/p2tUkv-15w](http://wp.me/p2tUkv-15w) | 1 hour ago
- Eine kleine Netzschau mit Links aus der IB-Blogosphäre wie immer zum Wochenstart auf dem [@bretterblog](https://twitter.com/bretterblog) >>  
[bit.ly/12dArkI](http://bit.ly/12dArkI) | 2 days ago

#### BLOGROLL

- A View From the Cave
- Aidnography
- ArmsControlWonk
- Chris Blattman
- Conflict & Security
- Göttinger Institut für Demokratieforschung
- Inner City Press
- International Law Observer
- International Security Discipulus
- IR Blog (Berlin)
- ISN Blog ETH Zürich
- Jihadica
- Junge UN Forschung
- Junge Wissenschaft im öffentlichen Recht
- Justice in Conflict
- Kings of War
- menschenhandel heute
- Mobilizing Ideas
- Political Violence @ a Glance
- Sakranut
- sicherheitspolitik-blog.de
- Stephen M. Walt
- The Duck of Minerva
- The Monkey Cage
- theorieblog.de
- Theory Talks
- Thought Economics
- UN Dispatch
- University of Notre Dame – Peace Policy
- Why Nations Fail
- World Peace Foundation – Reinventing Peace
- zoon politikon

META

- [Registrieren](#)
- [Anmelden](#)
- [Beitragsfeed \(RSS\)](#)
- [Kommentare als RSS](#)
- [Erstelle eine kostenlose Website oder einen kostenlosen Blog – auf WordPress.com!](#)

---

[Erstelle eine kostenlose Website oder einen kostenlosen Blog – auf WordPress.com!](#)

The Origin Theme.

☺